

Man könnte meinen, daß diese freundliche Beurteilung der allermeisten Eroberungskriege schon das äußerste sei, wohin ein Sozialdemokrat gelangen könne, aber sie ist das nicht. Denn an einer andern Stelle heißt es: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch in der Zukunft die Welt ihre Ordnung finde im Wegekriegerischer Auslese, daß diejenige Macht, die sich als die stärkste Organisation erweist, auch durch die Geschichte zum größten Organisationswerk berufen und von Rechts wegen die höchste Gewalt wird, die Richterin, Walterin und Rechtsschöpferin der Völker.“ Das ist eine offene Verbeugung vor der Machtpolitik, die tatsächlich zum Kriege geführt hat. Die wahre Schuldfrage ist aber von der ethischen Frage nicht zu trennen. Nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern die Menschen machen Geschichte. Der Materialismus, den die Sozialdemokratie zu ihrer Weltanschauung erkoren hat, die Absage an Gott und seine Gebote, das war die tiefste Ursache dieser schrecklichen Weltkatastrophe. Militarismus, Imperialismus, aber auch Sozialismus, das sind nur verschiedene Bezeichnungen für Machtbestrebungen, die dem gleichen Geiste des Materialismus entspringen. Auch der Sozialismus, wie er sich in den Straßen von Berlin auslebte, verläßt sich auf Macht und Gewalt und ist der größte Feind des Friedens. Gemeinsam war die Schuld der Welt. Statt einzelne Parteien der Schuld anzuklagen, wäre es gerechter und edler, eine allgemeine Gewissensforschung anzustellen, bei der die Sozialdemokratie sicher nicht als der reine Engel erscheint, wie sie sich jetzt in der Wahlzeit den Volksmassen vorstellt.

Anhang.

Das sozialdemokratische Wahlprogramm.

Am 16. Februar werdet ihr die verfassungsgebende Nationalversammlung wählen. Das Volk ist frei geworden, sein Geschick selbst zu bestimmen. Die Nationalversammlung, die ihr alle, Männer und Frauen, in voller Freiheit wählen werdet, wird unsere Staats- und Gesellschaftsverfassung festsetzen. Es gibt kein Herrenhaus mehr, dessen Zustimmung ihre Beschlüsse brauchen würden. Es gibt keinen Kaiser mehr, ohne dessen Genehmigung ihre Beschlüsse nicht in Wirksamkeit

träten! Was die von euch allen gewählte Nationalversammlung beschließen wird, wird euer Gesetz sein! Jetzt gilt es vor allem, Abrechnung zu halten! Fort mit denen, die den Krieg verschuldet haben! Vergesst es nicht: durch das verbrecherische Ultimatum an Serbien hat die österreichisch-ungarische Monarchie den Weltkrieg herbeigeführt! Von denen, die dieses ungeheuerlichste aller Verbrechen verschuldet haben, müßt ihr Rechenschaft fordern! Rechenschaft im Namen unserer Toten, die in fremder Erde ruhen! Rechenschaft im Namen der Hunderttausende Witwen und Waisen! Rechenschaft im Namen all derer, die zu Krüppeln geworden sind und die im Schützengraben ihre Gesundheit verloren haben! Rechenschaft im Namen unseres ganzen, durch den Krieg verelendeten, dem Hunger und der Kälte preisgegebenen Volkes! Darum fort mit jenen Christlichsozialen und Deutschnationalen, die schon seit 1908, seit der Annexion Bosniens, zum Waffengange gegen Serbien gehezt haben! Fort mit jenen Christlichsozialen und Deutschnationalen, die uns Sozialdemokraten während des Balkankrieges als Verräter am Volke und Vaterlande hingestellt haben, weil wir die Erhaltung des Friedens forderten! Fort mit jenen Agrariern, die Serbien durch die Grenzsperrre zur Verzweiflung getrieben haben, damit nur ja kein serbisches Schwein die Profite österreichischer Schweinezüchter bedrohe! Fort mit jenen Christlichsozialen, welche die Werkzeuge der Kriegspolitik der Hofkamarilla, der Franz Ferdinand und Conrad v. Hötzendorf gewesen sind! Fort mit jenen Deutschnationalen, die vor wenigen Monaten noch, als die Mittelmächte noch nicht besiegt waren, als ein Verständigungsfriede noch möglich war, nach dem Siegfrieden geschrien und es dadurch mitverschuldet haben, daß der Krieg fortgeführt wurde bis zur Niederlage, fortgeführt wurde bis zum Siegfrieden der anderen! Fort mit den schuldigen Parteien! Vor den Staatsgerichtshof die schuldigen Staatsmänner und Generale!

Unser Volk ist in bitterster Not. Der Sieger droht, große Teile unseres Volkes fremder Herrschaft zu unterwerfen. In solcher Not fordern heute alle deutschösterreichischen Parteien das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes. Aber mit welchem Rechte können Deutschnationale und Christlichsoziale das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes fordern?

Wie haben sie, solange das deutsche Volk noch stark und mächtig war, das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker geachtet? Haben sie nicht das ruchlose Gewaltregime der Erzherzog Friedrich und Stürgkh, die Herrschaft des Absolutismus, des § 14, der blutbesleckten Feldgerichte, der zahllosen Galgen unterstützt? Haben sie nicht mit Hochverratsprozessen und Bluturteilen die um ihre Freiheit kämpfenden slawischen Völker niederzwingen, ihnen durch absolutistisches Dktroi ihre Verfassung aufzwingen wollen? Haben sie nicht dem Versuch, das serbische Volk zu vergewaltigen, Polen und Litauen und die baltischen Länder der Fremdherjschaft auszuliefern, applaudiert? Wer, solange er stark war, das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker mit Füßen getreten hat, findet kein Gehör, wenn er, schwach geworden, das Selbstbestimmungsrecht für sein eigenes Volk verlangt! Wenn die Siegfriedler und Annexionisten jetzt vom Selbstbestimmungsrecht der Völker reden, dann lachen sie die anderen Völker nur aus! Darum fort mit denen, die das deutsche Volk vor der Welt moralisch kompromittiert haben! Wir Sozialdemokraten allein sind auch damals, als das deutsche Volk auf dem Höhepunkt seiner Macht stand, für das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker eingetreten; eben darum hat man uns als Verräter am Deutschtum hingestellt! Wir allein können jetzt Gehör bei den anderen Völkern fordern, wenn wir für unser eigenes Volk verlangen, was wir immer den anderen Völkern zugestanden haben!

Die Freiheit der anderen Völker erkennen wir ohne Vorbehalt an. Aber dieselbe Freiheit fordern wir auch für unser Volk. Deutschösterreich soll eine demokratische Republik sein und bleiben. Es darf keine andere Gewalt mehr geben als die, die vom Volke selbst eingesetzt und dem Volke verantwortlich ist! Noch am 21. Oktober, als die provisorische Nationalversammlung zum erstenmal zusammentrat, haben sich die Christlichsozialen und die Deutschnationalen in feierlichen Erklärungen zur Monarchie bekannt. Wenige Tage später mußten sie freilich unter dem Drucke der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Republik proklamieren. Aber ist ihre republikanische Gesinnung echt? Haben sie nicht während des ganzen Krieges den Absolutismus des § 14 unterstützt und nach absolutistischen Dktrois geschrien? Haben sie sich nicht

mit höfischen Titeln und Orden gebrüstet, nicht auf Hofgunst all ihre Hoffnungen gesetzt? Verteidigen sie nicht heute noch Tag für Tag alle Schandtaten des monarchischen Regimes? Seht sie euch genau an, Wähler und Wählerinnen! Wählt keinen, dessen republikanische Gesinnung nicht verlässlich ist!

In der demokratischen Republik darf es keinen Militarismus mehr geben! Der Völkerbund soll alle Streitigkeiten durch Urteil von Schiedsgerichten schlichten, nicht durch Gewalt entscheiden. Soweit innerhalb der neuen Weltordnung ein Heer noch nötig ist, soll es ein wahres Volksheer sein, eine Miliz mit ganz kurzer Dienstzeit, ohne Paradebrill, ohne Ständesprivilegien der Offiziere, ohne Militärgerichte, ohne entwürdigende Disziplinarstrafen, ohne Beschränkung der Bürgerrechte der Soldaten! Für die Kriegsbeschädigten ausreichend zu sorgen ist Ehrenpflicht des Staates! Die Generale, die während des Krieges die Militärgerichte zu Bluturteilen kommandiert, Soldaten und Zivilisten zu Hunderten ohne gerichtliches Urteil haben hängen und erschießen lassen, die bald aus verbrecherischem Ehrgeiz, bald wieder aus elender Feigheit und Pflichtvergessenheit Tausende unserer Brüder dem Tod, Tausende dem Elend der Kriegsgefangenschaft zugetrieben haben, dürfen der verdienten Strafe nicht entgehen!

In der demokratischen Republik muß volle Glaubens- und Gewissensfreiheit jedermann gesichert sein. Dem Gläubigen bleibe es unverwehrt, nach den Lehren seiner Religion zu leben! Wer aber nicht gläubig ist, soll nicht gezwungen sein, seine Kinder in einer ihm fremden Religion zu erziehen, seine Ehe vor dem Seelsorger zu schließen und zu dem Aufwand einer ihm innerlich fremden Glaubensgemeinschaft beizutragen. Die Macht der Kirche soll ungeschmälert bleiben, soweit sie auf ihrem Einfluß auf die Gläubigen beruht; aber staatlicher Zwang auf die Ungläubigen soll ihre Macht nicht mehr mehren. Darum verlangen wir die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Die Grundlage des freien Staates ist die freie Schule. Der Unterricht soll von päffischer Unduldsamkeit und monarchischer Legende befreit werden. Der Arbeitsunterricht soll den Kern des Lehrplanes bilden. Die Schullasten soll der Staat den Gemeinden abnehmen. Kein Kind soll mehr hungrig zur Schule gehen! Der Staat soll für

Unterhalt und Bekleidung aller Schulkinder sorgen. Freie Bahn für alle Begabten! Der Staat soll allen begabten Kindern auf seine Kosten den Besuch der Mittel- und Hochschulen ermöglichen!

Aber die politische Freiheit, die wir auf solche Weise begründen, ist uns nur ein Mittel, das arbeitende Volk von der wirtschaftlichen Ausbeutung zu befreien. Zu diesem Zwecke wollen wir die Eigentumsverhältnisse neugestalten. Das Eigentum des Bauern, der seine Scholle selbst bebaut, und das Eigentum des Handwerksmeisters, der seine Werkzeuge selbst gebraucht, wollen wir nicht antasten. Aber das Eigentum der großen Fabriksherren, die Tausende Arbeiter ausbeuten, das Eigentum der Bergwerksbesitzer, die Kohle und Erze monopolisieren, den Kapitalbesitz der großen Banken und Handelshäuser, den Großgrundbesitz des Adels, der Kirche und der Kapitalisten — ihn wollen wir dem Volke wiedergeben! Eigentum der Gesamtheit soll werden, was heute Eigentum weniger Kapitalisten und Großgrundbesitzer ist! Der Staat soll die großen Industrie- und Bergwerksbetriebe, den Großgrundbesitz und die Großbanken enteignen. Die bisherigen Eigentümer sollen eine Entschädigung empfangen; aber die Entschädigung soll durch eine progressive Vermögenssteuer aufgebracht werden, so daß die Gesamtheit der Kapitalisten bezahlen muß, was die enteigneten Kapitalisten bekommen. An der Verwaltung der verstaatlichten Betriebe sollen Arbeiterausschüsse mitwirken, die von den Arbeitern, Angestellten und Beamten dieser Betriebe gewählt werden. Der Gewinn soll zwischen dem Staat und den Arbeitern und Angestellten der verstaatlichten Betriebe geteilt werden. Auch der enteignete Großgrundbesitz soll in solcher Weise verwaltet werden, wo der Boden nur im Großbetrieb zweckmäßig bewirtschaftet werden kann. Wo das aber nicht der Fall ist, wo der Kleinbetrieb größeren Ertrag verspricht, sollen auf dem Boden, der bisher dem Adel, der Kirche, den Kapitalisten gehört hat, Kleinbauern und Landarbeiter angesiedelt werden! Den Gemeinden und Bezirken, die fortan durch Bezirks- und Gemeindevertretungen, die auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählt werden, verwaltet werden sollen, soll der Staat das Recht einräumen, das städtische

Bauland und die Industrie-, Verkehrs- und Handelsbetriebe, die den lokalen Bedürfnissen dienen, in ihren Besitz und Betrieb zu übernehmen! So sollen uns Staat, Bezirk und Gemeinde eine sozialistische Gesellschaft aufbauen! Auf der Grundlage der demokratischen Republik erhebt der Sozialismus!

Nur auf diese Weise kann der Staat die durch den Krieg zerstörte Volkswirtschaft wiederaufbauen, das Masseneleid lindern, alle Arbeitenden schützen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung muß ausgebaut, ihre Wirksamkeit auf alle Arbeiter, Angestellten und Beamten ausgedehnt werden. Freies Koalitionsrecht für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, Achtstundentag und freier Samstagnachmittag, der jährliche bezahlte Erholungsurlaub, die Teilnahme von Arbeiterausschüssen an der Verwaltung der Betriebe — das sind unsere nächsten Forderungen! Auch die landwirtschaftlichen Arbeiter, die bisher schutzlos waren, sollen fortan des Schutzes von Gesetzen, die natürlich den besonderen Arbeitsverhältnissen der Landwirtschaft angepaßt werden müssen, nicht entbehren. Den Hausangestellten, die bürgerlicher Hochmut Dienstboten nennt, muß das Gesetz eine Mindestruhezeit, Mindestlöhne, zwei freie Nachmittage wöchentlich und jährlichen bezahlten Urlaub sichern. Für die landwirtschaftlichen Arbeiter und für die Hausangestellten soll ein modernes Arbeiterrecht an Stelle der Dienstbotenordnungen geschaffen werden. Durch die Sozialisierung der Großindustrie und des Großgrundbesitzes wird der Staat erst die Mittel gewinnen, die er für die Sozialversicherung braucht. Wir fordern die Alters- und Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung für das ganze Volk; für Arbeiter und Angestellte ebenso wie für Bauern, Handwerksmeister und kleine Geschäftsleute. Wir fordern die Arbeitslosenversicherung mit Staatszuschuß, von den Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen verwaltet, für alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Hausangestellten. Die reichen Mittel, die die Sozialisierung der Großindustrie, der Großbanken und des Großgrundbesitzes dem Staat zuführen wird, werden den Staat erst in die Lage versetzen, allen Arbeitenden ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Wenn die Ertragnisse der großen

Industriebetriebe, der großen Banken des großen Grundbesitzes nicht mehr Kartellmagnaten und Börsenrittern, nicht mehr müßigen Adeligen und Prälaten zuließen, sondern dem Staat, wird der Staat die indirekten Steuern und die Zölle, die die Lebensmittel und die Wohnungen verteuern, allmählich abbauen, die Gehalte, Löhne und Pensionen der Beamten, der Lehrer, der Staatsdiener und Staatsarbeiter den Teuerungsverhältnissen anpassen können!

Der Sozialismus bringt allen eine neue Zeit, vor allem auch den Frauen. Gegen den Widerstand der Christlichsozialen und der Deutschnationalen hat die Sozialdemokratie das Frauenwahlrecht durchgesetzt; jetzt müssen alle Gesetze fallen, die die Frauen gegenüber den Männern benachteiligen. Alle Berufe mit Ausnahme derer, die dem weiblichen Organismus schädlich sind, sind den Frauen zu öffnen. Vor allem aber muß überall der Grundsatz verwirklicht werden: Für gleiche Arbeit gleichen Lohn, ob Mann oder Frau die Arbeit leistet! Das fordert nicht nur das Interesse der Frauen, sondern auch das der Männer: die arbeitenden Frauen sollen ihre männlichen Arbeitskollegen nicht mehr unterbieten, sondern gemeinsam mit ihnen arbeiten, organisieren, verwalten! Ihr Wahlrecht aber sollen die Frauen benützen, um Schutz für sich und ihre Kinder durchzusetzen. Nach dem furchtbaren Blutverlust des Krieges muß die Gesellschaft für die Aufzucht eines gesunden Nachwuchses sorgen! Darum fordern wir die Mutterschaftversicherung, damit sich die jungen Mütter, von der Berufsarbeit entlastet, der Pflege ihrer Kinder widmen können; darum fordern wir die Beistellung der notwendigen Mittel für die öffentliche Säuglings-, Kinder-, Waisenfürsorge; darum verlangen wir das ausnahmslose Verbot der gewerblichen Kinderausbeutung; darum muß sich der Staat auch der unehelichen Mütter und unehelichen Kinder annehmen, darf er auch die unehelichen Kinder nicht mehr zu Zehntausenden elend zugrunde gehen lassen! An Mitteln zu alledem wird es nicht fehlen, wenn erst Fabriken und Bergwerke, große Gutsherrschaften, Handelshäuser und Banken ihre Profite nicht mehr Privatleuten abwerfen, sondern dem Staat! Kann aber unser kleines armes Deutschösterreich diese gewaltigen

Aufgaben erfüllen? Auf sich selbst gestellt, ist es kein wirtschaftlich lebensfähiges Gebilde. Die slawischen Nachbarvölker und Ungarn haben sich von uns getrennt; sie wollen keine Gemeinschaft mit uns mehr, die unseren Lebensbedingungen entspräche. So bleibt uns nur ein Weg übrig: der Anschluß an Deutschland. Unsere bürgerlichen Parteien haben das alte Deutschland geliebt: das Deutschland der Hohenzollern, der preußischen Junker, des völkermordenden preußischen Militarismus. Dieses Deutschland haben wir Sozialdemokraten gehaßt. Aber jetzt ist ein neues Deutschland entstanden: die Hohenzollern sind verjagt, das deutsche Volk hat sich von der Herrschaft des Preußentums befreit, in der großen deutschen sozialistischen Volksrepublik ringt die deutsche Arbeitermasse in gewaltigen Kämpfen zum Sozialismus empor! Dieses Deutschland gefällt unseren besitzenden Klassen nicht. Fabrikanten und Bankherren, um ihre Profite zitternd, spinnen jetzt ihre Ränke gegen den Anschluß an Deutschland — der Geldsack, der sich immer deutschnational gebärdet hat, fühlt nicht mehr deutsch, seitdem Deutschland rot ist! Wir aber wollen zu dem roten Deutschland! Die deutschösterreichische Republik soll sich als ein besonderer Bundesstaat der großen gesamtdeutschen Republik eingliedern! Der Anschluß an Deutschland ist jetzt Anschluß an den Sozialismus!

Wähler und Wählerinnen! In dieser Frage wie in jeder andern stehen sich Besitzende und Besitzlose, Ausbeutende und Ausgebeutete, Reiche und Arme feindlich gegenüber! Alle bürgerlichen Parteien, wie immer sie sich nennen, vertreten nur die Interessen der Besitzenden. Sie sprechen vom Christentum und vom Deutschtum nur, um unter heuchlerischer Maske den Kapitalsbesitz der Kapitalisten, den Großgrundbesitz des Adels und der Kirche zu verteidigen! Ihnen gegenüber müssen alle Besitzlosen, alle Arbeitenden und Ausgebeuteten zusammenstehen. Sammelt euch unter der roten Fahne! Vereint euch zum Kampfe für Demokratie und Sozialismus! Sorget dafür, daß das Volk Deutschösterreichs am 16. Februar entscheide für die sozialistische Republik!

**Der Parteivorstand
der deutschösterreichischen Sozialdemokratie.**